



Presseausendung: Der Vorstand des Österreichischen Klimaforschungsnetzwerk CCCA unterstützt das Klimavolksbegehren

In der weltweiten Klimaforschungs-Community herrscht Konsens, dass die fortschreitende, starke Zunahme der Treibhausgase in der Erdatmosphäre und die dadurch angetriebene globale Erwärmung eine große Gefahr für unsere Lebensräume und damit auch uns Menschen darstellt. Zunehmende Hitze-, Dürre und andere Extremwetter-Ereignisse werden im weiteren Verlauf dieses Jahrhunderts immer größere Schäden anrichten und die Lebenswirtlichkeit gefährden. Das Österreichische Parlament hat daher 2016 das Pariser Klimaabkommen ratifiziert. Um den Beitrag Österreichs zu dessen Umsetzung zu gewährleisten unterstützt der Vorstand des österreichischen Klimaforschungsnetzwerks CCCA ausdrücklich die Forderungen des Klimavolksbegehrens nach ambitioniertem und rechtlich abgesichertem Klimaschutz. Zahlreiche Expert_innen des CCCA beraten dieses Volksbegehren, das in seiner finalen Phase, von 22. bis 29. Juni 2020, noch in jedem Gemeindeamt oder online per Handy-Signatur oder Bürgerkarte unterzeichnet werden kann.

Temperaturen steigen weltweit an

Seit Beginn der Industrialisierung hat die globale Lufttemperatur im Mittel um etwa 1 Grad zugenommen, in den kontinentalen Gebieten der mittleren Breiten wie etwa im Alpenraum um zwei Grad, in der sub-polaren und polaren Zone teilweise um 4 Grad und mehr. Extreme Wetterereignisse nehmen vielerorts in Intensität und Häufigkeit zu. Die globale atmosphärische Zirkulation zeigt beunruhigende Änderungstendenzen, zum Beispiel zur Ausdehnung der Tropischen Zone in Richtung höherer Breiten im Sommer, sowie zur Zunahme blockierender Wetterlagen mit extremer Hitze, aber zuweilen auch extremen und langanhaltenden Niederschlägen. Eine Begrenzung der Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad ist daher eine unbedingte Notwendigkeit. Aufgrund der fortschreitenden Emissionen und der Trägheit des Klimasystems bleibt dafür nur mehr wenig Zeit.

Treibhausgasemissionen nehmen weiter zu

Trotz aller Abkommen nehmen die Konzentrationen der Treibhausgase in der Atmosphäre stetig zu, und die bisherigen Zusagen zur Emissionsreduktion der internationalen Staatengemeinschaft reichen nicht aus um die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Die CO₂-Konzentrationen haben mittlerweile ein Niveau erreicht, das in den letzten 800.000 Jahren nie vorgekommen ist. Vor 3-5 Millionen Jahren, als die Konzentrationen ähnlich waren wie derzeit, war es auf der Welt deutlich wärmer, und der Meeresspiegel war mehr als 10 Meter höher. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Zur Erreichung der Paris-Ziele müssen die Emissionen global bis spätestens Mitte des Jahrhunderts netto auf null sinken, in den Industrienationen deutlich früher.



Österreich als Vorbild für zukunftsfähige Lösungen

Die Treibhausgas-Emissionen Österreichs sind insgesamt viel zu gering, um eine globale Trendwende einzuleiten. Pro Kopf sind die Emissionen aber beträchtlich, und sie sind in den letzten Jahrzehnten nicht wesentlich zurückgegangen. Als reiches Hochtechnologie-Land kann gerade Österreich zeigen, dass eine Wende zum nachhaltigen Wirtschaften nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll und leistbar ist. Forderungen des Volksbegehrens wie der Stopp der Emission von klimaschädlichen Gasen, Kostenwahrheit und ökosoziale Steuerreform zur Förderung klimaschonenden Verhaltens und die Umstellung der Energie- und Mobilitätssysteme entsprechen dem Stand des Wissens über die Klimaproblematik und werden im Sinne der von Österreich unterzeichneten Pariser Klimaziele vom CCCA Vorstand daher unterstützt.

Der Klimaschutz muss rechtlich gut verankert werden

Der Klimaschutz bedarf auch einer stärkeren Verankerung in der Rechtsordnung: Anders als bei der umstrittenen Entscheidung zur „Dritten Piste“, in welcher der Verfassungsgerichtshof dem erstinstanzlichen Gericht „Willkür“ vorwarf, weil es in seiner Entscheidung die Folgen des Flugbetriebs für das Klima berücksichtigt hatte, muss klargestellt sein, dass Klimaschutz ein öffentliches Interesse ist, das der Staat in allen seinen Handlungen zu berücksichtigen hat. Es ist daher sinnvoll und empfehlenswert, wie vom Klimavolksbegehren gefordert, ein Grundrecht auf Klimaschutz in der Verfassung zu verankern und ein wissenschaftlich fundiertes CO₂-Budget samt Reduktionspfad, dessen Einhaltung von einem Klimarechnungshof geprüft wird, gesetzlich festzulegen, um so die Klimaneutralität Österreichs, wie auch im Regierungsprogramm vereinbart, bis 2040 zu erreichen!

Tatenlos bleiben ist die teuerste Variante für Österreich!

Corona hat uns gelehrt wie wichtig rechtzeitiges Handeln ist. Die Folgeschäden der Klimakrise kommen zwar langsamer als jene der Pandemie, sind aber viel größer und langanhaltender. Klare und verlässliche Klimapolitik hilft der österreichischen Wirtschaft aus fossilen in zukunftsfähige Strukturen überzugehen, sichert auch langfristig die Arbeitsplätze – und erhöht unsere Lebensqualität. Effektiver Klimaschutz fördert somit gesunde, nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und sichert ein lebenswertes Österreich.

Der Vorstand des CCCA unterstützt daher das Klimavolksbegehren als Ausdruck dessen, dass ambitionierte Klimapolitik notwendig ist, um die von Österreich unterzeichneten und aus wissenschaftlicher Sicht unerlässlichen Emissionsreduktionen zu erzielen.

Autor innen: Prof. Helga Kromp-Kolb, Prof. Harald Rieder, Dr. Gerhard Wotawa für den [CCCA Vorstand](#), Prof. Eva Schulev-Steindl, Prof. Karl Steininger

PRESSEAUSSENDUNG – Dienstag, 23.06.2020